



# PROJEKTBERICHT Januar 2019 Shrinking Spaces

von Jan Erler

#### Inhaltsverzeichnis

Für zivilgesellschaftliche Organisationen und Minderheiten wird es eng	2
Dekret zur Lockerung der Vorschriften für Waffenbesitz	3
Vorläufige Maßnahme sieht Überwachung von NGOs und internationaler Organisationen vor	5
Neuer Umweltminister suspendiert Verträge und Partnerschaften mit NGOs	6
FUNAI verliert Funktion der Ausweisung indigener Territorien an Agrarministerium	7
Keine Berücksichtigung von LGBTI im neuen Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte	8
Der schwule Abgeordnete Jean Wyllys verlässt das Land nach Mordd-rohungen	9
Militante Abtreibungsgegnerin wird Ministerin für Frauen, Familie und Menschenrechte 1	LO
Nationaler Rat für Ernährungssicherheit (CONSEA) aufgelöst1	11

# Für zivilgesellschaftliche Organisationen und Minderheiten wird es eng

Brasiliens neuer Präsident, Jair Bolsonaro, hat bereits in den ersten Stunden nach Amtsantritt einen massiven Rechtsschwenk mit folgenschweren Gesetzesänderungen und Veränderungen in der Struktur der Regierung eingeleitet, die Minderheiten, insbesondere indigene Völker, Quilombolas, andere traditionelle Gemeinschaften und die afrobrasilianische Gemeinde, Vertreter\*innen sozialer Bewegungen sowie Umweltorganisationen gleichermaßen alarmiert haben.

Für breite Empörung sorgte die provisorische Maßnahme MP 870 vom 1. Januar, die eine Neuzuweisung und Reduzierung der Funktionen von Ministerien festlegt. Unter anderem wird dem von einem Militärgeneral geführten Regierungssekretariat die Aufgabe der Überwachung von NGO und internationaler Organisationen erteilt. Die Funktion der Ausweisung von Territorien indigener Völker und Quilombola-Gemeinschaften wurde dem vom Agrarbusiness dominierten Agrarministerium übertragen. Die Aufgabe der Umweltlizensierung für Großprojekte mit Auswirkungen auf indigene Territorien ging ebenfalls ans Agrarministerium. Der Nationale Rat für Ernährungssicherheit (CONSEA) wurde aufgelöst und das Arbeitsministerium wurde angeschafft.

Im neuen Bildungsministerium wurde das Sekretariat für Diversität abgeschafft, das für die Entwicklung politischer Maßnahmen zur Inklusion vulnerabler Gruppen im Bildungsbereich zuständig war. Im neuen Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte finden die Belange von LGBTI keine Berücksichtigung. Das Umweltministerium hat erheblich an politischer Macht verloren und ist nun ökonomischen Interessen untergeordnet. Viele seiner ehemaligen Aufgaben wurden anderen Ministerien unterstellt; z.B. Klimawandel dem Agrarministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Kommunikation, Wissenschaft und Technologie.

Die Minister für Infrastruktur sowie Energie und Bergbau haben in den ersten Tagen im Amt bereits einen umfassenden Ausverkauf staatlichen Eigentums angekündigt. Man werde "alles, was geht" an private Interessenten verkaufen, verkündete Infrastrukturminister Tarcísio Gomes de Freitas<sup>1</sup>.

Darüber hinaus wurde aus dem Justizministerium ein "Superministerium", das Sergio Moro als Minister weitrechtende Macht und Befugnisse verleiht, u.a. die Kontrolle über die Behörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (COAF). Damit hat Moro die Kontrolle über die Finanzflüsse alle Organisationen. Das verleiht Moro auch die eigenständige Befugnis, die Übertragung von Geldern internationaler Organisationen und den Zugang an diese Mittel für brasilianische Organisationen zu verbieten.

Große Sorge bereitet auch die Debatte im Senat über einen Vorschlag zur Änderung des Antiterrorismusgesetzes im Hinblick auf die Einbeziehung von Handlungen sozialer

2

-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> https://www1.folha.uol.com.br/mercado/2019/01/tudo-que-puder-sera-privatizado-diz-ministro-dainfraestrutura.shtml

Bewegungen und Organisationen. Dies würde eine Bresche zur Kriminalisierung dieser Organisationen schlagen<sup>2</sup>.

Was an der neuen Regierung zudem deutlich wird, ist der dominierende Einfluss des Militärs. Das 22-köpfige Kabinett Bolsonaros umfasst acht Offiziere. Unter anderen zählen dazu der Verteidigungsminister, die Minister für Infrastruktur und für Bergbau sowie der Sicherheitsberater des Präsidenten. Vizepräsident ist der Militär General Hamilton Morão. Dieser war 2015 unter Dilma Rousseff von der Leitung des Comando Militar do Sul entbunden und in die Wirtschaftsabteilung der Streitkräfte strafversetzt worden. Grund dafür war, dass er den berüchtigten Folterer der Militärdiktatur Carlos Alberto Brilhante Ustra öffentlich geehrt hatte. Nur zwei Kabinettsmitglieder sind Frauen - die mit dem Agrobusiness eng verbundene Tereza Cristina als neue Agrarministerin und die evangelikale Pastorin Damares Alves als neue Ministerin für Frauen, Familien und Menschenrechte.

In dem vorliegenden Bericht werden einige ausgewählte Veränderungen und Maßnahmen unter der neuen Regierung etwas genauer beleuchtet und die Reaktion sozialer Bewegungen berücksichtigt.

#### Dekret zur Lockerung der Vorschriften für Waffenbesitz

Bolsonaro hat am 15. Januar ein Dekret unterzeichnet, das den Besitz von Schusswaffen für Bürger\*innen Brasiliens erleichtert. Das Dekret diene dazu, "guten Bürgern erstmals Frieden in ihr Zuhause zu bringen", begründete Bolsonaro die neuen Regelungen bei einem Festakt in Brasília und kündigte an, dass weitere Maßnahmen folgen könnten<sup>3</sup>.

Das Dekret verändert die Form, auf welche die "Notwendigkeit" des Waffenbesitzes festgelegt wird. Bisher wurde die "Notwendigkeit" des Waffenbesitzes subjektiv im Rahmen einer Befragung durch Vertreter der Polícia Federal (Bundespolizei) geprüft. Das ist nun nicht mehr erforderlich.

Das Dekret enthält eine neue Vorschrift, die dringende Notwendigkeit des Waffenbesitzes abhängig vom Wohnort der Bürger\*innen macht. Dringende Notwendigkeit des Waffenbesitzes besteht nunmehr für Bewohner\*innen urbaner Gebiete mit hohen Gewaltraten, als auch für Einwohner\*innen von Bundesstaaten mit jährlichen Raten mit mehr als 10 Morden pro 100.000 Einwohner, ausgehend von Daten aus dem Jahr 2016. Damit sind alle Bundesstaaten eingeschlossen und die Notwenigkeit für Waffenbesitz gilt praktisch universell: Die niedrigste Mordrate wies 2016 der Bundesstaat São Paulo mit 10,9 auf<sup>4</sup>.

Die maximale zulässige Anzahl an Waffen pro Person wurde auf 4 gesetzt – es sei denn der Bedarf einer höheren Anzahl kann nachgewiesen werden.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> https://www.brasildefato.com.br/2018/11/20/pl-que-endurece-lei-antiterrorismo-pretende-criar-o-terrorista-afirma-jurista/

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> https://www.theguardian.com/world/2019/jan/15/brazil-bolsonaro-signs-decree-easing-gun-restrictions

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>https://www.brasildefato.com.br/2019/01/15/bolsonaro-libera-posse-de-armas-a-todos-cidadaos-maiores-de-25-anos/

Das Dokument erhöht außerdem die Gültigkeit der Waffenlizenz von 5 auf 10 Jahre. Die Bestimmungen gelten für folgende Personengruppen: Öffentliche Bedienstete in Rechtsvollzugsbehörden und Strafvollzug; öffentliche Sicherheitskräfte und Polizeibeamte; Bewohner\*innen ländlicher Regionen, Bewohner\*innen urbaner Gebiete mit hoher Gewaltkriminalität; und Geschäftsinhaber\*innen.

Sicherheits-Experten kritisierten die neuen Vorschriften und prognostizierten negative Wirkungen in Bezug auf Gewalt und öffentliche Sicherheit. Auf dem Land ist demnach mit Erhöhung der Anzahl von Waffen mit einer Erhöhung der Morde in Zusammenhang mit Landkonflikten zu rechnen. Laut Angaben der Kommission für Landpastoral CPT markierte 2017 mit 71 Ermordeten auf dem Land, die meisten davon Anführer\*innen ländlicher Gemeinden, die höchste Zahl seit 2003<sup>5</sup>.

Kritiker\*innen befürchten auch, dass die vermehrte Verfügbarkeit von Waffen privaten Haushalten zur Erhöhung der Fälle von Feminiziden (Morde an Frauen) führen kann, da die Mehrheit dieser Verbrechen im Hause passiert. In 2018 wurden in Brasilien 946 Feminizide registriert, womit das Land weltweit den fünften Platz für diese Form des Verbrechens einnahm. Außerdem dürfte das Tragen von Waffen, auch ohne Genehmigung, auf der Straße zunehmen, da Kontrollen durch begrenzte Kapazitäten der Polizei schwierig umzusetzen seien. Zudem besteht das Risiko des Raubes von Waffen durch Überfälle im Hinblick auf den hohen Marktwert von Waffen. Ein Revolver zur Selbstverteidigung kann so leicht in die Hände des organisierten Verbrechens gelangen<sup>6</sup>.

Laut Angaben des Leiters des Bundesverbandes der Polizeibeamten im einfachen Dienst, Sgt Elisandro Lotin, ist mit dem Dekret mit einer Zunahme von Todesfälle bei familiären Konflikten, Einbrüchen und Auseinandersetzungen in Bars zu rechnen. Zudem gab er zu bedenken, dass jedes Jahr mehr als 400 Polizeibeamte, von denen die Mehrheit bewaffnet ist, getötet werden<sup>7</sup>.

Die Flexibilisierung des Tragens und Besitzes von Waffen war ein zentrales Versprechen Bolsonaros in der Präsidentschaftswahlkampagne. 2003 waren die Vorschriften für Waffenbesitz per Dekret verschärft worden und es folgte eine Amnestie, bei der Tausende Waffen zur Vernichtung ausgehändigt wurden. Nach Daten einer Umfrage des Meinungsforschungs-institutes Datafolha (vom 30. Dezember 2018) war die Mehrheit der Brasilianer\*innen mit 61 % jedoch gegen eine Liberalisierung des Schusswaffenbesitzes<sup>8</sup>.

https://www.theguardian.com/world/2019/jan/15/brazil-bolsonaro-signs-decree-easing-gun-restrictions

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> https://www.cptnacional.org.br/publicacoes/noticias/cpt/4497-publicacao-conflitos-no-campo-brasil-2017-disponivel-para-download

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> https://brasil.elpais.com/brasil/<u>2019/01/15/politica/1547564863\_926469.html</u>

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> https://www.brasildefato.com.br/2018/12/31/61-dos-brasileiros-sao-contra-liberacao-da-posse-de-arma-de-fogo-como-quer-bolsonaro/

## Vorläufige Maßnahme sieht Überwachung von NGOs und internationaler Organisationen vor

Die erste Vorläufige Maßnahme MP 870, die von Bolsonaro am 1.Januar herausgegeben und die Struktur der Regierung neuorganisiert wurde, greift das konstitutionell verankerte Recht auf Freiheit zur Versammlung, Repräsentation, Organisation, und Handeln der Bürger\*innen an. Konkret weißt Artikel 5° der Maßnahme dem Regierungssekretariat die Verantwortlichkeit der "Beaufsichtigung, Koordination, Überwachung und Verfolgung der Aktivitäten und Aktionen von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen im Staatsgebiet" zu. Das Staatssekretariat untersteht dem General Carlos Alberto dos Santos Cruz. Somit stehen die im Lande agierenden NGOs nun unter der Überwachung durch einen Militär. Die bisherige Rolle des Regierungssekretariats an diesem Punkt war die Unterstützung im Umgang und in der Artikulation mit Organen der Zivilgesellschaft.

Bolsonaro hatte mehrfach die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen scharf kritisiert. Auf Twitter beschuldigte er NGOs, Indigene und Quilombolas auszubeuten und zu manipulieren. "Mehr als 15% des Staatslandes sind indigene und Quilombola-Territorien. Weniger als eine Million Menschen leben an diesen Orten isoliert vom restlichen Brasilien, ausgebeutet und manipuliert durch NGOs", schrieb er da<sup>9</sup>.

General Carlos Alberto dos Santos Cruz stimmte dagegen einen versöhnlichen Ton an, indem er bekräftigte, dass das Sekretariat als "Eingangstor" für die Forderungen von "MST, NGOs, Gays, Fiesp (Verband der Industrie des Staates São Paulo), OAB (Anwaltskammer Brasiliens), Indios, allen" dienen solle.

Die Veränderung wurde von Vertreter\*innen diverser NGOs mit großer Sorge und als Verstoß gegen die Verfassung aufgenommen. Als Reaktion gab der Verband brasilianischer Nichtregierungsorganisationen ABONG eine öffentliche Stellungnahme der Ablehnung dieser Maßnahme heraus. Es sei nicht die Aufgabe der Bundes-, Staats- oder Regionalregierung, die Aktionen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu beaufsichtigen, zu koordinieren oder sogar zu überwachen, heißt es in der Stellungnahme<sup>10</sup>.

So warnt Mauri Cruz, eine Leitenden der ABONG, vor der großen Gefahr, die von der MP 870 auf die Demokratie ausgeht. Die Demokratie hänge von einer aktiven Zivilgesellschaft ab. Nach Einschätzung von Cruz könnte die Intention der neuen Regierung hinter der Maßnahme die Verfolgung von Regimegegner\*innen sein. Die ABONG stellt jedoch fest, dass in Hinblick auf die Durchführbarkeit der Maßnahme Zweifel aufkommen. Die Kontrolle aller Organisationen erscheine unmöglich, da es sich um Tausende im Land handele<sup>11</sup>.

Auch die NGO Conectas Direitos Humanos verbreitete eine öffentliche Stellungnahme, in der sie die Gesellschaft um besondere Aufmerksamkeit bat in Hinblick auf mögliche Schäden für Demokratie und Menschenrechte, die von den wesentlichen Veränderungen der neuen

 $\frac{10}{\text{http://abong.org.br/2019/01/04/nota-publica-abong-sociedade-civil-organizada-autonoma-e-atuante-e-base-da-democracia/}$ 

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> https://brasil.elpais.com/brasil/2019/01/02/politica/1546454574\_434358.html

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> <u>https://www.redebrasilatual.com.br/cidadania/2019/01/bolsonaro-tenta-controlar-ongs-que-temem-pelo-futuro-da-democracia</u>

Regierung ausgehen<sup>12</sup>. Der Leiter der Abteilung Amerikas von Human Rights Watch übte in den sozialen Medien Kritik und sieht die Aufgabenzuweisung an das Regierungssekretariat als absolute Ignoranz gegenüber der unabhängigen Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen in einer offenen Gesellschaft und der Demokratie<sup>13</sup>.

Die Organisationen suchen nun nach Mitteln, die durch die Maßnahme implizierte Willkür noch zu verhindern. Als Erstes sei eine Interpellation auf Änderung der Formulierung geplant. Das die provisorische Maßnahme nur begrenzte Gültigkeit hat und innerhalb von 120 Tagen vom Kongress ratifiziert werden muss, können die Organisationen versuchen, Beziehungen zu verschiedenen Fraktionen, der Regierung als auch der Opposition herzustellen, um eine spätere Anpassung zu erwirken. Es besteht zudem die Möglichkeit, an das oberste Bundesgericht zu appellieren, dass die Veränderungen in der Verantwortlichkeit des Sekretariats für verfassungswidrig erklärt werden<sup>14</sup>.

#### Neuer Umweltminister suspendiert Verträge und Partnerschaften mit NGOs

Brasiliens neue Umweltminister, Ricardo Salles, hat am 14.Januar alle Partnerschaften und Verträge mit Nichtregierungsorganisationen für 90 Tage suspendiert. In einem Schreiben bittet Salles um die Erfassung aller im Jahr 2018 über Mittel des Ministeriums getätigten Zahlungen an NGOs. Betroffen ist auch der Amazonasfonds, der über 1,2 Mrd. Dollar verfügt (98% davon stammen von Norwegen und Deutschland) und 103 Projekte finanziert, wobei 52 davon von NGOs getragen werden. Außerdem sollen alle Verträge und Partnerschaften, einschließlich der Handlungen und Projekte der IBAMA, des ICMbio und des JBRJ (Forschungsinstitut des Botanischen Gartens Rio de Janeiro) mit NGOs dem Kabinett des Umweltministeriums zur Vorabprüfung vorgelegt werden.

Salles begründete dreimonatige Suspendierung mit einer Neubewertung der Partnerschaften. Der Folha teilte er mit, dass die Absicht sei, die Bedingungen zu überprüfen, in deren Rahmen diese Transfers getätigt werden. Diejenigen, die korrekt sind, würden erhalten bleiben, die Überholungsbedürftigen würden gerändert<sup>15</sup>.

Salles, der als Umweltminister von der Agrobusiness-Fraktion ausgewählt wurde, hatte vorher die globale Erwärmung als "zweitrangiges Thema" bezeichnet und Strafen für Umweltverbrechen als "ideologisch" bezeichnet.

Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisierten die Maßnahme als eklatanten und illegalen Angriff auf die Umwelt und diejenigen, die daran arbeiten sie zu schützen. Für die Zeitung O Globo klang die Maßnahme wie eine Kriegserklärung an Umweltschutz-NGOs.

Eine Gruppe von acht Netzwerken von Umweltschutzorganisationen, darunter Grupo de Trabalho Amazônico (GTA), Instituto Ethos, Plattform MROSC und Obervatório do Clima, erklärten, es gäbe keine Rechtfertigung für diese Maßnahme des Umweltministers, sie sei

<sup>12</sup> https://www.conectas.org/noticias/bolsonaro-assume-presidente

<sup>13</sup> https://twitter.com/JMVivancoHRW/status/1080607570887405569

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> https://brasil.elpais.com/brasil/2019/01/02/politica/1546454574 434358.html

 $<sup>\</sup>frac{15}{\text{https://www1.folha.uol.com.br/ambiente/2019/01/ministerio-do-meio-ambiente-suspende-contratos-e-parcerias-com-ongs.shtml}$ 

verfassungswidrig, da Verträge zwischen Regierung und NGOs nur durch einen formalen Prozess suspendiert werden könnten, nachdem Unregelmäßigkeiten festgestellt worden sind<sup>16</sup>.

#### FUNAI verliert Funktion der Ausweisung indigener Territorien **Agrarministerium**

Die vorläufige Maßnahme MP 870 transferiert die Aufgabe der Identifikation und Ausweisung von indigenen Territorien an das Agrarministerium, das von der Schutzanliegen kritisch gegenüberstehenden Lobby des Agrarbusiness dominiert wird. Damit verliert die Indigenenbehörde FUNAI eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die sie über Jahrzehnte begleitete. Zudem verliert die FUNAI ihre Funktion der Umweltlizensierung für Großprojekte, die Auswirkungen auf indigene Völker haben können. Auch diese Funktion wurde an das Agrarministerium übertragen. Die FUNAI, die vorher im Justizministerium angesiedelt war, wurde dem neuen Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte zugeordnet.

Das Agrarministerium wird von nun von Tereza Cristina da Costa geleitet, die bis dahin als Leiterin der Fraktion des Agrarbusiness in der Abgeordnetenkammer fungierte. Mit der Übertragung der Funktion der Ausweisung indigener Territorien auf das Agrarministerium ging ein lang gehegter Wunsch des Agrarbusiness und der bancada ruralista im Kongress in Erfüllung.

Die Maßnahme konkretisiert zahlreiche Äußerungen Bolsonaros während seiner Wahlkampagne, in denen er sich verpflichtet hatte die Ausweisung neuer indigener Territorien zu beenden, den Einfluss von Umweltorganisationen zu reduzieren und indigene Gebiete für Bergbau und Agrarbusiness zu öffnen. Nach Angaben der FUNAI laufen aktuell 128 Demarkationsprozesse. Es handelt sich um Gebiete, in denen insgesamt mehr als 120.000 Indigene verschiedener Ethnien betroffen sind<sup>17</sup>...

Die Änderung führte zu einem Aufschrei bei indigenen Anführer\*innen, die ihre Territorien bedroht sehen. Sie erkennen darin eine symbolische Konzession für die Interessen der Agrarwirtschaft in einer Zeit in der die Entwaldung wieder zunimmt.

Die indigene Anführerin Sonja Guajajara postete als Reaktion auf Twitter "Die Demontage hat begonnen. Die FUNAI ist nicht mehr für die Identifizierung, Abgrenzung, Demarkation und Registrierung indigener Territorien zuständig. ... Hat noch jemand Zweifel an den Exklusionsversprechungen der Kampagne??" 18.

Dinaman Tuxá, leitender Koordinator bei APIB (Artikulation der Indigenen Völker Brasilien), befürchtet, dass die Entwaldung und die Gewalt gegen Indigene zunehmen werden<sup>19</sup>.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> https://www.theguardian.com/world/201<u>9/jan/16/brazil-environment-chief-accused-of-war-on-ngos-as-</u>

<sup>17</sup> https://www.startpage.com/do/dsearch?query=el+pais+Bolsonaro+enfraquece+FUNAI+e+joga&cat=web&pl =ext-ff&language=deutsch

<sup>18</sup> https://twitter.com/guajajarasonia/status/1080262585289789441?lang=de

 $<sup>\</sup>frac{19}{https://www.theguardian.com/world/2019/jan/02/brazil-jair-bolsonaro-amazon-rainforest-protections}$ 

2018 hatte die Entwaldung in Brasilien wieder stark zugenommen. Allein die Möglichkeit, dass Bolsonaro die Wahlen gewinnen könnte, diente vielen Akteur\*innen als Freifahrtsschein zur Abholzung und Konflikte auf dem Land haben sich weiter verschärft.

Neben der Funktion der Ausweisung indigener Territorien wurde mit der provisorischen Maßnahme auch die Verantwortlichkeit der Ausweisung von Quilombolaterritorien auf das Agrarministerium übertragen.

Neben der Beendung von Prozessen der Ausweisung, hatte Boslonaro auch die Revision einiger bereits ausgewiesener indigener Territorien angedroht. Davon betroffen wäre die Raposa Serra do Sol in Roraima, in der 20.000 Indigene leben. Aufgrund ihres Reichtums am fruchtbaren Böden und Vorkommen an strategischen Mineralien wie Niob und Uran, wurde das Interesse des Agrarbusiness und der Bergbauunternehmen geweckt. Jurist\*innen betrachten eine Revision bereits aus gewiesener Territorien als verfasungswiedrig.

## Keine Berücksichtigung von LGBTI im neuen Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte

Ein schlechtes Omen bedeutet die von Bolsonaro in den ersten Stunden seines Mandats erlassene provisorische Maßnahme MP 870 für die LGBTI Gemeinde. Damit wurde das neue Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte geschaffen, in dem die Bezeichnung LGBTI keine Berücksichtigung findet. Von vielen wird dies als Angriff von Seiten des neuen Präsidenten gegen diese Bevölkerungsgruppen gesehen wird.

Die Anordnung Bolsonaros stimme mit seinem Diskurs im Wahlkampf überein. Darin hatte er versprochen, die "Genderideologie" zu bekämpfen, da sie eine Bedrohung für die christlichen Werte Brasilien darstelle. Nach Presseangaben bereite Bolsonaro auch die Schließung der Behörde zur Förderung von Diversität in öffentlichen Schulen und Universitäten, welche dem Bildungsministerium zugeordnet ist, vor<sup>20</sup>.

Der brasilianische Verband der Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Trans\* (ABGLT) kritisierte die Abwesenheit jeglicher Struktur in der neuen Regierung, die sich der LGBTI Bevölkerung widmet. Sie gäbe es nirgendwo eine explizite Erwähnung von LGBTI. Die Politik und Leitlinien zur Förderung der Menschenrechte beziehen sich explizit Frauen, Kinder und Heranwachsende, Jugendliche, Ältere, Menschen mit Behinderung, schwarze Bevölkerung, ethnische und soziale Minderheiten und Indigene. LGBTI, die zuvor in Ministerien und speziellen Sekretariaten berücksichtigt waren, sind nun ausgeschlossen.

Laut ABGLT bleibt der bundesweite Rat der zur Bekämpfung der Diskriminierung, bekannt auch als bundesweiter Rat LGBT bestehen. Dieser hat jedoch laut Dekret die Funktion der Formulierung und des Vorschlagens von Leitlinien für das Handeln der Regierung. Die Ausführung hingegen obliegt einem speziellen Organ, über das im Moment Unklarheit besteht, ob es als Direktion, wie vorher der Fall, erhalten bleibt oder wo es zugeordnet sein wird<sup>21</sup>.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> https://www.pressegauche.org/Bresil-Bolsonaro-cible-les-LGBT-des-les-premieres-heures-de-son-mandat

<sup>21</sup> https://brasil.elpais.com/brasil/2019/01/02/politica/1546454574\_434358.html

In einem mit UOL bekräftigte Sergio Queirós vom Nationalen Sekretariat für Globalen Schutz (Secretaria Nacional de Proteção Global - das Organ, welches für LGBT-Fragen in der neuen Regierung zuständig sein wird), dass es die gleiche Struktur wie in der vorangegangenen Regierung haben wird und kein Recht der Gemeinde abgeschafft wird<sup>22</sup>.

Ministerin Damares Alves, die neue Ministerium für Frauen, Familie und Menschenrechte, wies darauf hin, dass ihre Einrichtung weiterhin für LGBTI-Fragen zuständig ist und die Direktion zur Förderung der Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans\* mit der gleichen Struktur im Nationalen Sekretariat für Globalen Schutz erhalten bleibt<sup>23</sup>.

Zu den Anliegen der LGBTI Gemeinde ist der +1c@fé Podcast "Liebe ist eine Form des Widerstandes" erschienen. Darin kommt u.a. Ananda Puchta, Anwältin der Secretária da Comissão da Diversidade Sexual e de Gênero zu Wort. Sie nennt aktuelle Zahlen zur Gewalt an LGBTI Personen in Brasilien und gibt einen Einblick über das Forderungspaket der LGBTI-Organisationen an die Regierung Bolsonaro.

https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/gender/podcast-liebe-ist-eine-form-des-widerstands

## Der schwule Abgeordnete Jean Wyllys verlässt das Land nach Morddrohungen

Der offen schwule Kongressabgeordnete Jean Wyllys (PSOL) verkündete am 24. Januar, dass er sein Mandat abgibt und das Land verlassen musste, weil er mehrfach erstzunehmende Morddrohungen von Bolsonaro-Anhängern erhalten hatte. In einer Erklärung, warum er um sein Leben fürchtet, nennt Wyllys die neuesten Enthüllungen über Verbindungen der Familie des neuen Präsidenten mit einer des Mordes an Marielle Franco beschuldigten Miliz<sup>24</sup>. Außerdem seien das hasserfüllte Klima und die zunehmende Gewalt gegen Menschen der LGBTI-Gemeinde ausschlaggebend für seine Fluchtentscheidung gewesen<sup>25</sup>. Wyllys Sitz im Kongress übernimmt der ebenfalls offen schwul lebende David Miranda, Stadtrat von Rio de Janeiro und Mitglied der PSOL. Miranda ist mit dem renommierten US-amerikanischen Journalisten Glenn Greenwald verheiratet.

Siehe zu diesem Thema auch den KoBra-Artikel "Flucht aus Brasilien":

 $\frac{https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/menschenrechte-gesellschaft/flucht-aus-brasilien}{aus-brasilien}$ 

 $\underline{ruido.htm?utm\_campaign=uol\&utm\_source=twitter\&utm\_content=geral\&utm\_medium=social-media}$ 

https://theintercept.com/2019/01/26/assista-glenn-greenwald-reporta-sobre-o-escandalo-dramatico-e-sombrio-que-esta-afogando-a-presidencia-de-bolsonaro-e-forcou-jean-wyllys-a-fugir/

https://noticias.uol.com.br/politica/ultimas-noticias/2019/01/02/damares-nega-extincao-de-secretaria-lgbt-tudo-que-falo-vira-

<sup>23</sup> http://anut.org/index.php/mp-870-entenda-a-estrutura-do-governo-bolsonaro/

 $<sup>\</sup>frac{25}{\text{https://www.theguardian.com/world/2019/jan/24/jean-wyllys-brazils-openly-gay-congressman-leaves-job-country-amid-death-threats}$ 

https://rdl.de/beitrag/entweder-verlassen-die-linken-das-land-oder-wir-erschie-en-sie

### Militante Abtreibungsgegnerin wird Ministerin für Frauen, Familie und Menschenrechte

Die evangelikale parlamentarische Beraterin Damares Alves leitet in der Regierung Bolsonaro nun das neue Ministerium für Frauen, Familien und Menschenrechte, dem auch die Indigenenbehörde FUNAI unterstellt wurde. Außerhalb evangelischer Kreise war die Pastorin der Igreja Evangelho Quadrangular bisher eine Unbekannte.

Die Juristin hat schwierige Mission vor sich, da sie einerseits Richtlinien für vulnerable Gruppen der Gesellschaft formulieren muss, andererseits die Forderungen der konservativen Basis der Unterstützer\*innen Bolsonaros befriedigen muss; eine Politik, die das Konzept "Minderheiten" ablehnt und Menschenrechte relativiert.

Alves ist eine militante Abtreibungsgegnerin, die es ablehnt das Thema als eine Frage der öffentlichen Gesundheitsversorgung zu betrachten. Und das obwohl in Brasilien jedes Jahr Tausende bei illegalen Schwangerschaftsabbrüchen sterben<sup>26</sup>. Während Alves bei diesem Thema mit Bolsonaro auf einer Linie ist, verficht sie die Gleichberechtigung der Geschlechter bei Gehältern. Während seiner Wahlkampagne hatte Bolsonaro mehr als einmal behauptet, dass bei der Festlegung von Gehältern und damit verbundenen Unterschieden zwischen den Geschlechtern in privaten Unternehmen der Staat nicht eingreifen dürfe.

Die neue Ministerin hat bereits mehrfach die Rolle der Familie unter der neuen Regierung betont. Demnach bringe die Regierung Bolsonaro eine neue Perspektive ein, alle öffentlichen Maßnahmen werden auf Basis der Familie entworfen<sup>27</sup>.

Im Internet finden sich Videos in denen Alves die "Genderideologie" als großen Missbrauch gegen die Kinder Brasiliens bezeichnet und das dabei die biologische Identität dekonstruiert werde. Auf Webseiten der Evangelikalen wird die Pastorin häufig zitiert, wenn es zum Beispiel um den "Krieg gegen die Familie" geht, welcher in brasilianischen Schulen gefördert werde. Dennoch versprach Alves "eine Regierung des Friedens zwischen der konservativen Bewegung, der LGBT-Bewegung und den anderen Bewegungen".

-

 $<sup>\</sup>frac{26}{https://brasil.elpais.com/brasil/2016/02/15/opinion/1455540965\_851244.html}$ 

https://noticias.uol.com.br/politica/ultimas-noticias/2019/01/02/damares-nega-extincao-de-secretaria-lgbt-tudo-que-falo-vira-

ruido.htm?utm campaign=uol&utm source=twitter&utm content=geral&utm medium=social-media

#### Nationaler Rat für Ernährungssicherheit (CONSEA) aufgelöst

Bolsonaro hat mit der provisorischen Maßnahme vom 1. Januar 2019 auch den Nationalen Rat für Ernährungssicherheit (CONSEA) aufgelöst. Der Rat war ein Organ des Dialogs zwischen der Zivilgesellschaft und der Regierung, um eine gesunde Ernährung für die Bevölkerung zu gewährleisten. Er setzte sich aus zu zwei Dritteln aus Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft und zu einem Drittel aus Vertreter\*innen der Regierung zusammen. Der CONSEA war eine wichtige Instanz in der Diskussion um Ernährung als Menschenrecht und bei der Aufnahme des Rechtes auf Nahrung in die brasilianische Verfassung<sup>28</sup>.

Der Rat wirkte bei der Verabschiedung des Bio-Gesetzes, der Erlassung des Nationalen Plans für Ernährungssicherheit und des Plans für die Familienlandwirtschaft mit. Zudem hat der Rat maßgeblichen Anteil an der nationalen Strategie für Agrarökologie und organischen Landbau. Die Strategie der Nahrungsmittelkäufe aus kleinbäuerlicher Landwirtschaft durch das Schulernährungsprogramm und anderer öffentliche Stellen wurde unter wesentlicher Beteiligung des CONSEAS entwickelt. Die Regulierung der Verwendung von Agrargiften auf Basis der Menschenrechte war auch ein Verdienst des Rates.

Unter der neuen Konfiguration der Regierung ist das Ministerium für Staatsbürgerschaft für die nationale Politik der Ernährungssicherung zuständig, ohne Beteiligung der Zivilgesellschaft.

Die Auflösung des CONSEA stieß auf allgemeine Empörung bei Organisationen der Zivilgesellschaft. Der brasilianischer Verband für Ernährung (ASBAN) verurteilte die Maßnahme und wies darauf hin, dass das Ende des Consea auch das Ende der wesentlichen Debatte um den Hunger in Brasilien bedeute, für dessen Bekämpfung das Land Maßnahmen ergriff, die weltweit bekannt wurden. Darüber hinaus stelle die Entscheidung einen unvergleichbaren Rückschritt in der Politik zur Ernährung da, und das in einem Moment in dem das Land eine Ausweitung bräuchte<sup>29</sup>.

FIAN hat eine Petition an die Präsidenten der Abgeordnetenkammer und des Senats sowie an den Staatsbürgerschaftsministers zur Erhaltung des brasilianischen Rates für Ernährungssicherheit gestartet:

https://www.thepetitionsite.com/de/takeaction/531/705/861/

.

https://www.redebrasilatual.com.br/cidadania/2019/01/consea-retrocesso-nunca-viso-nem-nos-governos-militares

<sup>&</sup>lt;u>militares</u>

https://www.redebrasilatual.com.br/cidadania/2019/01/governo-elimina-conselho-defensor-de-alimentacao-saudavel-e-sem-agrotoxico